



Presseschau vom 16.02.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondenT* und *Timer*) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: Live-Ticker zur Ukraine-Krise: Russland verkündet Ende des Militärmanövers auf der Krim

Die Vorwürfe des Westens gegenüber Russland bestimmen seit Tagen das weltpolitische Klima. Die US-Regierung prophezeit eine "russischen Invasion" der Ukraine. Moskau dementiert dies. Hier lesen Sie die neuesten Entwicklungen. ...

<https://kurz.rt.com/2tg9>

Anton Latzo: Die westliche "Politik der Stärke" bedroht Frieden und Sicherheit für alle Völker

Der Kapitalismus ist nicht in der Lage, seine innere Widersprüchlichkeit und Krisen zu bewältigen. Um das System zu erhalten, betreiben die USA und die NATO seine Expansion. Sie setzen dabei auf eine "Politik der Stärke". Und das ist eine grundlegende Ursache für die gegenwärtige Aggressionspolitik. ...

<https://kurz.rt.com/2tgw>

de.rt.com: Russischer Botschafter in der Schweiz: Westliche Propaganda gegen Russland hat auch hier Fuß gefasst

Zum Tag der Diplomaten gab der russische Botschafter in der Schweiz RT DE ein Exklusiv-Interview. Im Fokus des Gesprächs standen die zunehmenden Spannungen rund um den

Ukraine-Konflikt sowie das Neutralitätsstreben und Russlandbild der Eidgenossen. ...

<https://kurz.rt.com/2tjv>

de.rt.com: **Trotz Waldsterbens: Neue Holzbau-Offensiven in Berlin und Brandenburg**

Die weltweite Nachfrage nach Holz steigt stetig. Klimawandel und schwache Monokulturen führen jedoch seit Jahren zu einem erhöhten Waldsterben. Die gestiegene Nachfrage führt nun zu Holzmangel. Dennoch möchten Berlin und Brandenburg jetzt eine "Holzbau-Offensive" starten. ...

<https://kurz.rt.com/2tjj>

Marinko Učur: **Bosnien-Herzegowina: Gescheitertes Projekt oder souveränes Land mit ausländischer Unterstützung?**

In Bosnien-Herzegowina schwelt seit Monaten ein politischer Konflikt um die Zukunft des Landes. Der Hohe Repräsentant der internationalen Gemeinschaft, Christian Schmidt, wird von serbischen Politikern nicht anerkannt. Der wiederum plädiert für Sanktionen gegen den Vertreter der Serben. ...

<https://kurz.rt.com/2t8m>

Anton Gentzen: **Russisches Staatsfernsehen, deutsche Behörden, europäisches Recht – RT DE darf durchaus senden**

Russland hat für seinen nunmehr als deutschsprachigen Auslandsdienst konzipierten Sender RT DE eine serbische Lizenz erhalten. Deutschland hält diese für unwirksam, die Landesmedienanstalt Berlin-Brandenburg hat gar ein Sendeverbot ausgesprochen. Geht das so einfach, wie es sich deutsche Behörden vorstellen, und warum darf China das, was Russland nicht zugestanden wird? Ein Blick auf die Rechtslage. ...

<https://kurz.rt.com/2t22>

Susan Bonath: **Sicher geimpft? Versteckte Zahlen, fragwürdige Rechenspiele und konsequente Nichtaufklärung**

Fernab der öffentlichen Wahrnehmung erschien der Sicherheitsbericht 2021 für die Corona-Vakzine. Alles super, kein Risiko, meldete ein Fachblatt. Doch der Schein trügt: Die Zahlen sind erschreckend und die Berechnungsmethoden des zuständigen Bundesinstituts zweifelhaft. ...

<https://kurz.rt.com/2tk2>

Christian Harde: **"Peace for our time"? – Der Krieg in Osteuropa findet (vorerst) nicht statt**

Fast überall ist Erleichterung eingetreten. Der Diplomatie-Marathon der letzten Wochen zwischen NATO-Staaten, der Ukraine und Russland ist zu einem vorläufigen Ende gekommen. Doch ob die Entspannung hält, was sie verspricht, wird erst die Umsetzung der Gesprächsergebnisse zeigen. ...

<https://kurz.rt.com/2tjd>

abends/nachts:

de.rt.com: **US-Anordnung zur Freigabe der Afghanistan-Mittel für Terroropfer: Afghanen werfen USA Diebstahl vor**

In Kabul sind zahlreiche Menschen auf die Straßen gegangen, um gegen die jüngste Anordnung von US-Präsident Biden zu demonstrieren. Diese sieht vor, dass mehr als 3,5 Milliarden Dollar des eingefrorenen afghanischen Vermögens für "Terroropfer" in den USA reserviert und nicht an die Regierung in Kabul zurückbezahlt werden.

US-Präsident Joe Biden hat kürzlich angeordnet, das in den USA eingefrorene afghanische Vermögen freizugeben. Doch laut der präsidentialen Anordnung geht das Geld nicht an die Regierung in Kabul. Eine Hälfte sollen "Opfer vom 11. September" in den USA erhalten, die andere in "humanitäre Hilfe" für Afghanistan fließen.

Die afghanische Zentralbank verurteilte bereits die Entscheidung der US-Regierung zur Aufteilung des afghanischen Vermögens und forderte die Freigabe aller Devisenreserven. Am Dienstag veranstalteten Afghanen nun eine Demonstration in Kabul, um gegen die Anordnung des US-Präsidenten zu protestieren.

Die Demonstranten verurteilten Bidens Entscheidung, die Gelder aus Afghanistans Devisenreserven zu konfiszieren, und warfen den USA Diebstahl vor. Sie skandierten Parolen und trugen Plakate mit der Aufschrift "Stoppt die Feindschaft mit dem afghanischen Volk" und "9/11 hat nichts mit dem afghanischen Volk zu tun".

Der ehemalige afghanische Präsident Hamid Karzai bezeichnete die Anordnung des Weißen Hauses zur Freigabe der Hälfte afghanischer Vermögenswerte für Familien von 9/11-Opfern als "Gräueltat gegen das afghanische Volk". Die Lage in dem zentralasiatischen Land verschärft sich insbesondere in letzter Zeit dadurch, dass der Westen nicht bereit ist, die gesperrten Konten des afghanischen Staates freizugeben. Seit der Machtübernahme der Taliban leidet Afghanistan deswegen unter einer schweren Wirtschaftskrise.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2022.02/article/620bf740b480cc79d8090c97.jpg>

de.rt.com: **Scholz-Besuch im Kreml: Nachhaltige Sicherheit nur mit Russland möglich**

Bundeskanzler Olaf Scholz hat bei seinem Antrittsbesuch betont, dass Sicherheit in Europa nur mit Russland möglich sei. Scholz erklärte zudem, dass man weiter an einer diplomatischen Lösung des Ukraine-Konflikts arbeiten müsse.

Nach dem Treffen mit Bundeskanzler Olaf Scholz am Dienstag erklärte Russlands Präsident Wladimir Putin, er sei weiter bereit zu Verhandlungen mit dem Westen über Sicherheitsgarantien für Russland. Allerdings wolle man sich nicht mit vagen Aussagen begnügen:

"Wenn gesagt wird, die Ukraine wird nicht morgen der Nato beitreten: Und was ist übermorgen?"

Man habe dem Westen zu lange geglaubt, es werde keine NATO-Osterweiterung geben. Daher müsse der Nichtbeitritt der Ukraine in verbindlicher Form zugesagt werden. Auf der gemeinsamen Pressekonferenz erklärte Putin auch, dass Russland keinen neuen Krieg in Europa wolle:

"Dazu, ob wir das wollen oder nicht: Natürlich nicht!"

Bundeskanzler Scholz erklärte, Deeskalation in der Ukraine-Krise sei dringend geboten. Das sei in dieser schwierigen Situation wichtig, damit es keinen Krieg in Europa geben werde,

betonte der Bundeskanzler. Scholz zeigte sich sicher, dass die Krise nach wie vor diplomatisch gelöst werden könne, die diplomatischen Möglichkeiten seien noch lange nicht ausgeschöpft:

"Es ist unsere verdammt Pflicht und Aufgabe, als Staats- und Regierungschefs zu verhindern, dass es in Europa zu einer kriegerischen Eskalation kommt."

Außerdem bezeichnete der Bundeskanzler den Abzug einzelner russischer Truppen als "ein gutes Zeichen". Scholz betonte auch, dass "nachhaltige Sicherheit nicht gegen Russland, sondern nur mit Russland erreicht werden kann". Im Gespräch mit deutschen Journalisten nach dem Treffen betonte Scholz zudem, der NATO-Beitritt der Ukraine stehe nicht auf der Agenda.

Scholz erklärte auf der Pressekonferenz, dass sich die Menschen seiner Generation nicht vorstellen könnten, was ein Krieg in Europa bedeute. Darauf erwiderte der russische Präsident, sowohl sein deutscher Amtskollege als auch er erinnerten sich noch sehr gut an den Krieg in Jugoslawien:

"Wir waren doch Zeugen des Krieges, der von der NATO entfesselt wurde: in Jugoslawien."

Weiter führte Putin aus, die NATO habe Belgrad Ende der 90er-Jahre ohne Mandat des UN-Sicherheitsrates bombardiert. Scholz entgegnete, dass damals ein Völkermord verhindert worden sei. Putin erklärte daraufhin:

"Nach unserer Einschätzung ist das, was heute im Donbass passiert, gerade ein Völkermord."

Scholz hatte dieser Darstellung nach der Pressekonferenz vor Reportern widersprochen:

"Das ist ein heftiges Wort, [...] Es ist aber falsch", sagte Scholz am Dienstag in Moskau vor Journalisten.

In Bezug auf die Sendeverbote von RT DE in Deutschland und der Deutschen Welle in Russland deuteten beide Politiker an, dass man nach einer Lösung suche. Putin sagte jedoch, er wolle keine Details nennen, um die Situation nicht zu verkomplizieren. Bezüglich der Ostsee-Pipeline Nord Stream 2 sagte Putin, dass diese die Energiesicherheit Europas stärken werde. Russland sei weiterhin parallel dazu bereit, nach 2024 Gas durch die Ukraine zu leiten: "Ich habe wiederholt gesagt, dass dieses Projekt ein rein kommerzielles Projekt ist. Und hier gibt es keine Politik, keine politischen Untertöne", sagte Putin.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2022.02/article/620c02fc48fbef76fb4dfc48.jpg>

de.rt.com: **EU will Afrika zu Lieferanten von "grünem" Wasserstoff machen**

Wenn die EU ihre ambitionierten Pläne zur Ausweitung der Nutzung von grünem Wasserstoff realisieren will, benötigt sie weitere Quellen zum Bezug des Rohstoffes. Afrika sei eine gute Option, so EU-Vertreter, da der Kontinent große Potenziale an erneuerbaren Energien habe. Der Vizechef der Europäischen Kommission Frans Timmermans will den afrikanischen

Kontinent zu Europas Lieferanten für Wasserstoff machen. Das hat der EU-Vertreter am Montag auf dem siebten Wirtschaftsforum der EU mit der Afrikanischen Union erklärt, wie das Nachrichtenportal Euroactiv berichtete.

"Ein florierendes Europa ohne die Umsetzung der Ziele für nachhaltige Entwicklung in Afrika ist unmöglich."

Afrika habe laut Timmermans "eines der weltbesten Potenziale für erneuerbare Energien". Zudem gebe es in Afrika einen vergleichsweise niedrigen Energieverbrauch, weshalb die Erzeugung ökologischer Energie für den Kontinent lukrativ sein könne.

Der EU-Vertreter versuchte, die afrikanischen Vertreter mit der dreifachen Menge an Profit durch den Ausbau von erneuerbaren Energien zu locken. Es sei möglich, durch erneuerbare Energien die afrikanischen Haushalte leichter zu elektrifizieren, da die erneuerbaren Quellen dezentraler als konventionelle Stromquellen zu errichten seien.

Aber ein anderer Aspekt ist für Timmermans wichtiger:

"Mit billigem Strom aus erneuerbaren Energiequellen kann man grünen Wasserstoff zu wettbewerbsfähigen Preisen herstellen."

Die Europäische Union strebt einen massiven Ausbau der Nutzung von grünem Wasserstoff an. Zukünftig sollen rund fünfzig Prozent des in der EU hergestellten Wasserstoffs durch grüne Quellen erfolgen statt wie bisher aus Erdgas. Auch für den Verkehrsbereich, etwa beim Transport von Waren über längere Strecken, soll der grüne Rohstoff Timmermans zufolge eine bedeutende Funktion erfüllen. Daher sprach der EU-Vertreter die Erwartungen Brüssels an Afrika offen aus:

"Seien wir ehrlich, wir wollen, dass ihr in der grünen Wasserstoffproduktion führend seid."

Angeblich soll die Wasserstoffproduktion in Afrika eine Diversifizierung der Wirtschaft ermöglichen, etwa durch die lokale Herstellung von "grünem Stahl" oder "grünem Dünger".

"Denn Afrika kann und muss mehr tun, als Rohstoffe zu exportieren."

Warum allerdings ausgerechnet der neue "grüne" Rohstoff nun zu einer erfolgreichen wirtschaftlichen Diversifizierung führen sollte, wo doch dies bei allen anderen Rohstoffen, die der afrikanische Kontinent bereits exportiert, nicht erfolgte, ist unklar.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2022.02/article/620bc904b480cc3be341d9e2.jpeg>

vormittags:

Telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 15. Februar 2022 wurden zwei Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

Golubowskoje wurde mit Schusswaffen beschossen. Infolge der Verletzung des Regimes der Feueereinstellung **starb ein Soldat der Volksmiliz** der LVR.

snanews.de: **Russland plant keine Verlegung von Botschaft in Kiew – Quelle**

Die Verlegung der Botschaft in Kiew wird von Russland offenbar nicht in Erwägung gezogen, wie eine informierte Quelle gegenüber SNA mitgeteilt hat.

Auf die Frage, ob die russische Seite angesichts der Verlegung der diplomatischen Vertretungen der westlichen Länder plane, ihre Botschaft aus der ukrainischen Hauptstadt vorübergehend nach Charkiw oder Odessa zu verlegen, heißt es:

„Nein, unsere ausländischen Einrichtungen funktionieren weiterhin (dort, Anm. d. Red.)“.

„Es gibt keine derartigen Pläne“, fügte die Quelle hinzu.

Zuvor hatte die britische Außenministerin Liz Truss bekannt gegeben, Großbritannien habe einen Teil des britischen Botschaftspersonals in der Ukraine in die Stadt Lwiw im Westen des Landes verlegt. Es gebe jedoch weiterhin eine britische „Präsenz“ in Kiew, da es wichtig sei, die britischen Bürger im Land zu unterstützen.

Auch der US-Außenminister Antony Blinken teilte am Montag mit, dass die Vereinigten Staaten ihre Botschaft in Kiew vorübergehend nach Lwiw verlegen würden. Das US-Außenministerium hatte angekündigt, das Personal der Botschaft in Kiew werde „auf ein absolutes Minimum“ reduziert. Washington genehmigte die Abreise für einen Teil des diplomatischen Korps in der Ukraine und forderte US-Bürger auf, das Land zu verlassen. Die westlichen Länder haben Russland in letzter Zeit wiederholt vorgeworfen, angeblich „aggressive Handlungen“ an der Grenze zur Ukraine zu unternehmen und eine Invasion in das Nachbarland vorzubereiten. Russland weist diese Vorwürfe zurück und betont, dass es seine Truppen auf eigenem Territorium nach Belieben verlegen dürfe. Moskau verwies wiederholt darauf, dass die Vorwürfe der angeblichen „russischen Aggression“ dazu benutzt würden, um Nato-Truppen und -Ausrüstung in der Nähe der russischen Grenzen aufzustocken.



https://cdn1.snanews.de/img/07e6/02/10/5375709_0:161:3071:1888_1920x0_80_0_0_b727d2d1cfa75fe378736befef2c5c47.jpg

dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 15. Februar 3:00 Uhr bis 16. Februar 3:00 Uhr

In den letzten 24 Stunden hat die Vertretung der Donezker Volksrepublik im GZKK eine Verletzung des unbefristeten Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU mitgeteilt.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen:

Es folgt eine genaue Auflistung der eingesetzten Waffensysteme (Anm. d. Übers.).

Der Beschuss der BFU erfolgte in Richtung der Ortschaft **Saitschenko**.

Die Gesamtzahl der von den BFU eingesetzten Geschosse beträgt 3.

In den vorangegangenen 24 Stunden wurden 4 Verletzungen des Regimes der

Feuereinstellung von Seiten der BFU festgestellt.

deu.belta.by: **Makej über Druck des Westens: Belarus ist ein Land, das einer Musterstrafe unterzogen wird**

Belarus wurde als ein Land ausgewählt, das einer Musterstrafe unterzogen werden soll. Diese Erklärung gab heute der belarussische Außenminister Wladimir Makej auf einer Pressekonferenz in Minsk in Zusammenhang mit den gegen Belarus verhängten Sanktionen und dem ausgeübten Außendruck des Westens ab.

Der Minister stellt fest, dass sich der Druck der westlichen Sanktionen verschärft habe, und ihre Ziele nicht einmal verschleiert würden. Es gehe darum, die soziopolitische Lage im Land zu destabilisieren, die Wirtschaft zu strangulieren und den Lebensstandard so weit zu senken, dass möglichst viele Menschen einen Versuch unternehmen, die Regierung zu stürzen, und niemand denke daran, was dann geschehe. "Im heutigen geopolitischen Kontext ist die Verwirklichung der skizzierten Prioritäten für die Europäische Union sehr wichtig, wenn nicht sogar lebenswichtig. Belarus wurde als ein Land ausgewählt, das einer Musterstrafe unterzogen werden soll, um ihre Stärke und ihr geopolitisches Gewicht zu demonstrieren, um anderen eine Lehre zu erteilen", so Wladimir Makej.

In Bezug auf das vergangene Jahr sagte der Außenminister, dass in der Außenpolitik die meiste Zeit und Energie nicht der Schaffung, sondern der Bewältigung einer Reihe von Herausforderungen und Bedrohungen, die die nationalen Interessen direkt betreffen, hätte gewidmet werden müssen. "Wir mussten die Souveränität und Unabhängigkeit im wahrsten Sinne des Wortes verteidigen", sagte der Außenminister.



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2022/000020_1645000433_59814_big.jpg

Lug-info.com: In der LVR sind am 16. Februar um 9:00 Uhr 26.630 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert und bestätigt.

3358 Personen sind derzeit erkrankt, 20.033 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen entlassen.

Seit Beginn der Pandemie gibt es 3239 Todesfälle.

de.rt.com: **Washington: Chinas Rückendeckung für Russland "alarmierend"**

Über Chinas Schritte, sich in Sicherheitsfragen auf dem europäischen Kontinent auf die Seite Russlands zu stellen, zeigt sich Washington besorgt. Moskau bestätigt die enge Zusammenarbeit. Peking habe Verständnis für die Sorgen Russlands, so der Kreml.

In einem Briefing am Montag erläuterte der Pressesprecher des US-Verteidigungsministeriums John Kirby die Sicht der USA auf die intensiver werdende Zusammenarbeit zwischen Peking und Moskau angesichts des wachsenden Drucks aus dem

Westen. Er erklärte:

"Wir haben die zumindest in der Öffentlichkeit aufkeimenden Beziehungen zwischen Russland und China genau beobachtet."

Dabei bezog er sich auf die Erklärung des russischen Präsidenten Wladimir Putin und seines chinesischen Amtskollegen Xi Jinping, die Anfang des Monats einen Stopp der NATO-Erweiterung gefordert hatten. Kirby fügte hinzu:

"Ihre gemeinsame Erklärung vom 4. Februar war sicherlich ein weiterer Beweis dafür, dass China beschlossen hat, sich in Bezug auf die Vorgänge in Europa an die Seite Russlands zu stellen."

"Wir würden sagen, dass ihre stillschweigende Unterstützung für Russland zutiefst alarmierend ist."

Dem Pressesprecher zufolge ist Pekings Rückendeckung für Moskau in wichtigen Fragen "noch destabilisierender für die Sicherheitslage in Europa".

Westliche Staats- und Regierungschefs schüren seit mehreren Monaten wiederholt Panik über eine angebliche bevorstehende Invasion Russlands in die Ukraine. Man warnt davor, dass Moskau während der Olympischen Winterspiele in Peking "zuschlagen" könnte. Jake Sullivan, der Nationale Sicherheitsberater des Weißen Hauses, erklärte diesbezüglich Anfang des Monats, dass China aufgrund der gegenseitigen Wirtschaftsbeziehungen am Ende einen Teil der Kosten einer russischen Invasion in die Ukraine würde tragen müssen.

Der Kreml bestreitet wiederholt, dass er irgendwelche Angriffspläne hat. Am Dienstag gab das russische Verteidigungsministerium bekannt, dass seine Truppen die Übungen in Weißrussland beendet hätten und mit dem Abzug beginnen würden.

Generalmajor Igor Konaschenkow, der leitende Sprecher des Ministeriums, verkündete, dass die Streitkräfte nach Abschluss der militärischen Übungen zu ihren ständigen Stützpunkten zurückkehren werden.

Angesichts der Vorwürfe, die russischen Streitkräfte könnten zuschlagen, hat Moskau versucht, Sicherheitsgarantien zu erhalten, die eine NATO-Erweiterung in Richtung seiner Grenzen ausschließen würden.

Nach Gesprächen zwischen Xi und Putin im Dezember erklärte Juri Uschakow, der außenpolitische Berater des russischen Staatschefs, dass der chinesische Präsident Moskaus Bemühungen um Sicherheitsgarantien unterstütze. Uschakow hob hervor:

"Er kennt und versteht natürlich das Hauptproblem: Die Sorgen, die Russland an seinen westlichen Grenzen hat."

Moskau und Peking haben die Bedeutung ihrer Beziehungen in einer Reihe von Bereichen wie Handel, Energie, Wirtschaft und Verteidigung betont, wobei Putin Anfang Februar erklärt hatte, dass das Verhältnis zwischen den beiden Ländern ein "noch nie dagewesenes Niveau" erreicht hätte. Obwohl es Anzeichen für eine wachsende Zusammenarbeit zwischen Russland und China gibt, haben einige Analysten jedoch angedeutet, dass die Partnerschaft im Vergleich zu anderen Blöcken wie der NATO weniger weit entwickelt ist.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.02/article/620ca31eb480cc496724399e.jpg>

Mzdnr.ru: Am 15. Februar wurden in der DVR 5145 Tests auf Coronavirusinfektion durchgeführt, davon waren 2201 positiv, bei 76 Patienten wurde die Diagnose Covid-19 klinisch gestellt.

In den letzten 24 Stunden wurden 142 Fälle von Lungenentzündung entdeckt, 13 mehr als am vorangegangenen Tag. Davon wurden 94 ins Krankenhaus eingewiesen.

Insgesamt sind 1255 Personen mit Lungenentzündung in Behandlung, davon 538 mit Sauerstoffunterstützung (+38 in den letzten 24 Stunden).

Am 16. Februar um 9:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 145.751 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

23.623 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 112.512 als gesund entlassen, es gibt 9616 Todesfälle.

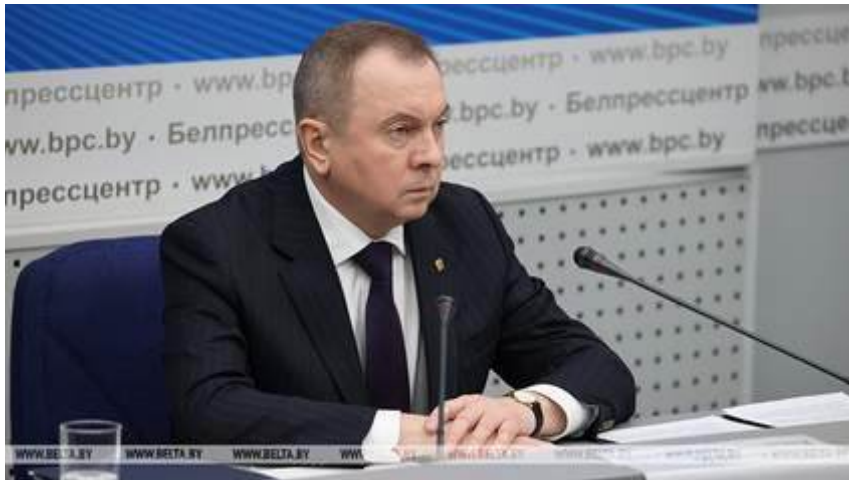
nachmittags:

deu.belta.by: **Makej: Niemand wird von wirtschaftlichem oder heißem Krieg profitieren**
Sanktionskriege und heiße Kriege werden niemandem nützen. Das erklärte der belarussische Außenminister Wladimir Makej heute auf einer Pressekonferenz in Minsk.

Wladimir Makej ging auf die Verschärfung der Situation rund um die Ukraine ein. „Ich glaube kaum, dass irgendjemand davon profitieren wird, wenn es zu einem heißen Krieg kommt. Weder Moskau noch Minsk noch Kiew. Niemand braucht das. Das mag wohl denen nützen, die furchtbar weit weg von hier sind“, bemerkte Wladimir Makej.

Die Hysterie rund um einen möglichen Angriff Russlands auf die Ukraine sei in den USA ausgebrochen. „Hier braucht niemand einen kalten, einen heißen oder einen Sanktionskrieg. Belarus liegt an der geopolitischen Schnittstelle zwischen Ost und West und wird zuallererst die Folgen solcher Angriffe spüren bekommen. Die belarussische Führung, insbesondere Präsident Lukaschenko, hat sich kategorisch gegen alle Maßnahmen ausgesprochen, die zu Spannungen zwischen unserem Land und unseren Nachbarstaaten führen könnten“, so der Minister.

„Wir haben nie gesagt, dass wir in den Krieg ziehen wollen. Wir haben immer gesagt, dass wir Handel treiben wollen“, betonte der Außenminister.



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2022/000020_1645003341_59816_big.jpg

snanews.de: **In Hoffnung auf EU-Asyl: Mehr als 700 Migranten harren noch immer in Belarus aus**

Mehr als 700 Migranten, die ein Unterkommen in der EU anstreben, sitzen immer noch im belarussischen Grenzgebiet fest, mehr als 200 von ihnen sind Kinder. Der Westen zeigt laut dem Außenministerium in Minsk kein Interesse für sie.

„Auf dem Territorium Weißrusslands befinden sich derzeit im Logistikzentrum ‚Bruzgi‘ etwas mehr als 700 Migranten, 270 davon sind Kinder. Das sind Menschen, die nicht zurück in ihre Heimat wollen, aber auch in Weißrussland wollen sie nicht bleiben“, sagte der belarussische Außenminister, Wladimir Makej, auf einer Pressekonferenz am Mittwoch.

„Keiner (im Westen – Anm. der Red.) zeigt derzeit jegliches Interesse am Schicksal der verbliebenen 700 Migranten“, beklagt der Minister.

Er bemängelte auch den aktuellen Stand der Beziehungen zwischen Minsk und dem Westen sowie kritisierte die westlichen Sanktionen gegen Belarus, die keineswegs zur Entwicklung der Beziehungen beitragen würden.

„Das Niveau unserer Kooperation mit der EU, mit dem kollektiven Westen ist deutlich gesunken“, so Makej. „Das ist aber nicht unsere Schuld. Diese fünf Sanktionspakete, die gegen Weißrussland verabschiedet wurden, tragen nicht zur normalen Entwicklung der Beziehungen zwischen Weißrussland und den westlichen Ländern bei“.

Die EU erkennt Alexander Lukaschenko als Präsidenten von Belarus nicht an und verhängt seit Oktober 2020 schrittweise Sanktionen gegen das Land sowie Einschränkungen gegen Dutzende hochrangige Beamte.

Migrationskrise an der belarussisch-polnischen Grenze

Ende Mai 2021 hatte Lukaschenko als Reaktion auf die westlichen Sanktionen angekündigt, Flüchtlinge aus Kriegsgebieten auf ihrem Weg in die EU passieren zu lassen. Polen und die baltischen Nachbarländer mussten daher mit einem erhöhten Zustrom illegaler Migranten kämpfen. Sie verschärften die Grenzsicherung. In den polnischen Gemeinden an der Grenze zu Belarus gilt seit dem 2. September der Ausnahmezustand. Mit dem damit verbundenen Zutrittsverbot für Menschenrechtsorganisationen und Journalisten will die polnische Regierung verhindern, dass Migranten von polnischer Seite aus beim Grenzübertritt unterstützt werden. In der Grenzregion hatte es bereits mehrere Todesfälle unter Migranten gegeben. Polen will an der Grenze zu Belarus einen fast 200 Kilometer langen Schutzzaun errichten.

Brüssel warf Lukaschenko vor, Migranten in organisierter Form aus Krisenregionen an die EU-Außengrenze zu bringen und die Staatengemeinschaft so destabilisieren zu wollen. Aus Minsk ertönen Gegenvorwürfe, dass Litauen, Polen und Lettland Migranten gewaltsam auf

weißrussisches Territorium abgeschoben hätten.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/0b/12/4370658_0:33:3525:2015_1920x0_80_0_0_7814f85d2b4206e8c9305a0fd8339e08.jpg

de.rt.com: **Britische Zeitung Sun blamiert sich mit "genauer Uhrzeit der Ukraine-Invasion"**

Laut "Quellen innerhalb des US-Geheimdienstes", die von der britischen Zeitung "The Sun" zitiert werden, sollte Russland am 16. Februar in die Ukraine einmarschieren. Mehr noch, das Boulevardblatt meinte sogar, die genaue Uhrzeit zu kennen: drei Uhr morgens.

In einem Bericht bezieht sich die britische Boulevardzeitung The Sun auf Quellen des US-Geheimdienstes und benennt das Datum und sogar die Uhrzeit für die "russische Invasion in die Ukraine". Der Artikel erschien zu einem Zeitpunkt, an dem Teile der russischen Truppen in ihre Garnisonen zurückkehrten. Die Sun ist eher für Klatsch und Tratsch über die angeblichen Seitensprünge von Showstars bekannt und blamierte sich nun mit blanker Kriegshysterie.

Gerade als der deutsche Bundeskanzler Olaf Scholz und der russische Präsident Wladimir Putin am Dienstag gemeinsam erklärten, dass die Bemühungen um eine diplomatische Lösung der Krise fortgesetzt würden, war die Boulevardzeitung überzeugt:

"Russland bereitet sich darauf vor, am 16. Februar um ein Uhr morgens [drei Uhr Ortszeit] mit einem massiven Raketenangriff und 200.000 Soldaten in die Ukraine einzumarschieren."

Um diesen weltweiten "Scoop" zu untermauern, stützte sich The Sun auf vermeintliche "hochrangige Quellen" innerhalb des US-Geheimdienstes. Diese offensichtlich "sehr gut informierten Quellen" wagten sich sogar an die "wahrscheinlichste" Uhrzeit des angeblichen Angriffs auf Befehl von Wladimir Putin heran: "drei Uhr morgens".

Dabei dürfte der Sun sicherlich nicht entgangen sein, dass das russische Verteidigungsministerium bekannt gab, dass Teile der Truppen, die auf russischem Hoheitsgebiet an der Grenze zur Ukraine stationiert sind, damit begonnen haben, in ihre Garnisonen zurückzukehren.

Der Kreml sprach von einem "üblichen Prozess", der die Militärübungen wie geplant beende. Dies reichte jedoch nicht aus, um die Gewissheit der Boulevardzeitung zu erschüttern, die eine US-Militärquelle mit den Worten zitiert:

"Wir können nicht alles, was Russland sagt oder tut, für bare Münze nehmen."

Dennoch sei daran erinnert, dass Moskau wiederholt jegliche Absicht, die Ukraine anzugreifen, dementiert hat und das völlige Fehlen von Beweisen für eine solche Behauptung anmerkt. Die Vorwürfe gegen Russland dienen laut dem russischen Botschafter bei den Vereinten Nationen nur dazu, "Hysterie zu erzeugen" und "die internationale Gemeinschaft zu täuschen".



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.02/article/620cb91ab480cc7339228e30.jpg>

de.rt.com: **Sacharowa bittet westliche Medien um Zeitplan der russischen Invasionen: "Will meinen Urlaub planen"**

Da am frühen Morgen des 16. Februar Medienberichten zum Trotz kein Einmarsch Russlands in die Ukraine stattgefunden hat, fordert die russische Außenamtssprecherin vom Westen einen Zeitplan für angebliche Invasionen. Maria Sacharowa will ihren Urlaub planen.

Die russische Außenamtssprecherin Maria Sacharowa hat sich am 16. Februar auf Telegram an mehrere westliche Medien mit einer ungewöhnlichen Bitte gewandt. Da in den frühen Morgenstunden kein Einmarsch Russlands in die Ukraine erfolgt war, den zuvor mehrere Zeitungen unter Berufung auf Geheimdienstinformationen prophezeit hatten, forderte die Diplomatin unter anderem von Bloomberg einen Zeitplan für angebliche russische Invasionen, die im Laufe dieses Jahres noch stattfinden sollen. Sie begründete diese Bitte mit dem Wunsch, ihren Urlaub zu planen:

"Eine Bitte an die Massendesinformationsmedien der USA und Großbritanniens Bloomberg, The New York Times, The Sun und andere: Geben Sie den Zeitplan unserer 'Einmärsche' für das kommende Jahr bekannt. Ich will meinen Urlaub planen."

Seit Wochen warnt der Westen vor einer angeblich geplanten Offensive Russlands gegen die Ukraine. Der Kreml bestreitet regelmäßig, überhaupt solche Pläne zu haben. Seinerseits fordert Moskau von Washington und der NATO schriftliche Garantien, dass sich das westliche Militärbündnis nicht weiter nach Osten ausdehnen wird.

Am 11. Februar hat Joe Bidens Sicherheitsberater Jake Sullivan erklärt, die USA hielten einen russischen Einmarsch in die Ukraine noch vor dem Ende der Olympischen Winterspiele in China am 20. Februar für möglich. Eine Invasion könnte jederzeit beginnen, sollte sich Russlands Präsident Wladimir Putin dazu entschließen, sie anzuordnen. Zugleich räumte Sullivan ein, der US-Regierung lägen keine Informationen vor, dass Putin bereits eine endgültige Entscheidung für eine Invasion getroffen habe.

Die US-Zeitung Politico berichtete unter Berufung auf informierte Kreise, US-Präsident Biden habe am Freitag während einer Videokonferenz mit den NATO-Verbündeten den 16. Februar als Tag einer angeblichen Invasion genannt. Ihm zufolge könnten einem mutmaßlichen Einmarsch Cyber- und Raketenangriffe vorausgehen. Die US-Nachrichtenagentur Bloomberg berichtete unter Berufung auf anonyme Quellen, dass ein Einmarsch Russlands in die Ukraine bereits am 15. Februar mit einer Provokation in der ostukrainischen Konfliktregion Donbass oder mit einem Angriff auf Kiew beginnen könnte. Möglich sei, dass es dazu bereits am Dienstag komme, schrieb Bloomberg, ohne dafür Beweise anzuführen.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.02/article/620cdc2e48fbef079f5264a9.jpg>

deu.belta.by: Makej: ODIHR zeigte kein Interesse für Verfassungsreferendum in Belarus

Belarus hat es in Erwägung gezogen, das Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte zur Beobachtung des Verfassungsreferendums einzuladen. Das sagte Außenminister Wladimir Makej heute auf einer Pressekonferenz.

„Das entsprechende Dokument des Kopenhagener Treffens der Konferenz über die menschliche Dimension der KSZE erlegt uns keine Verpflichtungen auf, eine OSZE/ODIHR-Wahlbeobachtermission zum nationalen Referendum einzuladen. Wir haben diese Frage bereits im Vorfeld mit unseren Kollegen aus den OSZE-Ländern erörtert. Wir haben ihnen angeboten, nach Belarus zu kommen, hier diese Fragen zu besprechen und mit einer Einladung für das BDIMR abzureisen. Unser Angebot war auf kein Interesse gestoßen, deshalb haben wir es für nicht sinnvoll gehalten, eine offizielle Einladung zu übermitteln“, sagte Wladimir Makej.

Darüber hinaus sieht der Minister viel tiefere Probleme innerhalb der OSZE, die ihre Glaubwürdigkeit erheblich beeinträchtigen. „Das Problem liegt in BDIMR selbst. Wenn die westlichen Länder ihre aktuelle Politik gegenüber dem BDIMR OSZE fortsetzen, wird das Büro seine Bedeutung einbüßen. So wurde beispielsweise mehrfach vorgeschlagen, einheitliche Kriterien für die Beobachtung von Wahlen und Volksabstimmungen festzulegen. Uns ist nicht ganz klar, warum das Büro in ein Land 400 bis 600 Wahlbeobachter entsendet und in ein anderes Land nur 4 Personen. Aus diesem Grund haben einige Staaten aufgehört, Vertreter dieser Organisation zu den Wahlen einzuladen. Denn wir sehen, dass die Abschlussberichte über die Wahlen im Voraus geschrieben werden und zu sehr politisiert sind. Es hat keinen Sinn, solche Institutionen einzuladen, wenn man schon weiß, was für eine Antwort sie geben werden“, zeigte sich Wladimir Makej überzeugt.

Er ist der Ansicht, dass die OSZE ernsthaft über dieses Problem nachdenken und entsprechende Schlussfolgerungen ziehen müsse, weil sonst immer mehr Staaten darauf verzichten werden, die OSZE-Beobachter zu den Wahlen einzuladen.



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2022/000020_1645011230_59822_big.jpg

Armiyadnr.su: **Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR am 16.02.2022**

In den letzten 24 Stunden wurde eine **Verletzung des Regimes der Feueereinstellung** von Seiten des Gegners festgestellt.

In **Richtung Mariupol** haben Kämpfer der 36. Marineinfanteriebrigade von den Positionen im Gebiet von Wodjanoje aus **Saitschenko** mit einem Antipanzergrenatwerfer beschossen.

Die ukrainische Seite blockiert weiter die Arbeit der OSZE-Mission. So hat der Gegner, um die Erfassung von verbotenen Waffen der 95., 54. und 53. Brigade durch Beobachter der Mission zu verhindern, Stationen der elektronischen Kriegsführung „Bukowel-AD“ aus dem Bestand von mobilen Gruppen des 502. Bataillons für elektronische Kriegsführung eingesetzt, um die Leitungs- und Navigationskanäle von Drohnen der OSZE-Mission bei Flügen in den Gebiet von Krasnogorowka, Nowoandrewjewa und Nowotroizkoje zu blockieren.

Trotz der Verringerung der Zahl der Feuerprovokationen von Seiten der Ukraine an der Kontaktlinie setzt der Gegner die Maßnahmen zur Vorbereitung auf eine Angriffsoperation fort.

Zu diesem Zweck fanden in der 36. Marineinfanteriebrigade Übungen zu nächtlichem Schießen zum Thema „Kampf unter städtischen Bedingungen“ mit dem Personal des 1. Bataillons statt, Kämpfer des 501. Marineinfanteriebataillons bearbeiteten nächtliche Landeaktionen an Ufern.

Wir bemerken die Lieferung von zehn Maschinengewehren DschkK nach Bauart des Jahres 1938, die sich im Arsenal in Solidar befinden, auf die Positionen der 53. mechanisierten Brigade im Gebiet von Nowotroizkoje. Der technische Zustand der gelieferten Waffen rief den Unwillen der ukrainischen Kämpfer hervor. Alle Einzelteile der Maschinengewehre sind mit Rost überzogen und die beweglichen Elemente verkeilt. Sie können nur als Imitationen und zur Einrichtung von inszenierten Positionen genutzt werden.

Gestern hat unsere Aufklärung eine Detonation auf den Positionen der 53. Brigade im Gebiet von Starognatowka festgestellt. Nach vorläufigen Informationen erlitt der Kämpfer Briwko aus dem 24. Bataillon „Ajdar“ Splitterverletzungen. Die Detonation erfolgte bei der Bewegung ukrainischer Kämpfer zwischen den Positionen, da ihnen die Minensituation unbekannt war und die Örtlichkeit von Pionieren der 53. Brigade ungeordnet vermint worden war.

snanews.de: **„Haben friedlich geschlafen“: Peskow berichtet vom Kreml-Betrieb angesichts der „Angriffs“-Meldungen**

Die Meldungen der westlichen Medien über einen angeblichen Einmarsch Russlands in die

Ukraine, der demnach an diesem Mittwoch hat erfolgen sollen, haben laut dem Sprecher des russischen Präsidenten, Dmitri Peskow, den Kreml-Betrieb in keiner Weise beeinflusst. Auch habe die russische Regierung in der Nacht keine Kontakte zu anderen Staaten gehabt. Peskow zufolge nahm der Kreml keine Änderungen in seiner Arbeit vor dem Hintergrund der westlichen Medienberichte über eine geplante „Invasion“ Russlands vor. So sei die letzte Nacht (zum Mittwoch) „wie gewohnt“ verlaufen – die russische Regierung habe „friedlich“ geschlafen, teilte der Pressesprecher des Präsidenten der Russischen Föderation gegenüber Journalisten mit.

„Die Nacht verlief wie gewohnt. Wie erwartet. Wir haben friedlich geschlafen. Am Morgen sind wir ruhig und sachlich in den Arbeitstag gestartet“, erklärte Peskow.

Auf die Frage, ob die russischen Behörden in dieser Nacht oder am Morgen Kontakte zu anderen Ländern gehabt hätten, erwiderte der Kreml-Sprecher: „Normalerweise treten wir nachts nicht in Kontakt mit ausländischen Staaten.“

Bloomberg löscht Schlagzeile über russischen „Einmarsch“ in Ukraine

Mittlerweile hatten mehrere westliche Medien das Narrativ der US-Geheimdienste, wonach Russland die Ukraine in der Nacht zu diesem Mittwoch – oder generell – überfallen werde, aufgegriffen.

So hatte die US-Nachrichtenagentur Bloomberg vor einer Woche angeblich versehentlich eine Überschrift veröffentlicht, die über einen angeblichen Einmarsch Russlands in die Ukraine informiert hat. Die Schlagzeile wurde 30 Minuten später entfernt, die Agentur gab bekannt, dass die Aktion unbeabsichtigt gewesen sei.

Die Situation hat der Kreml-Sprecher dahingehend kommentiert, dass Nachrichten solcher Art „eine großartige Demonstration“ seien, wie gefährlich die Situation sei, „welche durch die endlosen aggressiven Erklärungen aus Washington, aus London und aus anderen europäischen Hauptstädten hervorgerufen wird“. Ihm zufolge hatte Bloomberg früher „einen Ruf als seriöses Medium“ gehabt und heute gibt es „allen Grund“, den Begriff „Fake News“ durch „Bloomberg News“ zu ersetzen.

Ende November 2021 hatte die Nachrichtenagentur unter Verweis auf eigene Quellen bereits berichtet, Russland würde planen, die Ukraine aus drei Richtungen anzugreifen – nämlich von der Halbinsel Krim aus, von der Festlandgrenze und auch vom Territorium von Belarus.

Damals hatte Peskow die Agentur als „Sprachrohr“ der antirussischen Informationskampagne bezeichnet und erklärt, dass solche Botschaften nichts mit der Realität zu tun hätten.

Russland zieht teilweise Truppen ab

Am Dienstag hat der Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums, Igor Konaschenkow, gegenüber Journalisten mitgeteilt, dass die russischen Truppen nach der großangelegten Übung im Rahmen des Unionsstaates mit Belarus im Süden und Westen des Landes in ihre Kasernen zurückkehrten.

„Die Truppen der Militärbezirke Süd und West, die ihre Aufgaben bereits erfüllt haben, besteigen jetzt Züge und Lkw, um sich noch heute auf den Weg zu ihren ständigen Stationierungsorten zu machen“, so der Sprecher.

Die westlichen Staaten erachten die russisch-belarussischen Übungen hingegen als einen Vorwand für einen „Angriff auf Kiew“ aus dem Norden und dessen darauffolgende „Eroberung“. Die diesbezüglichen Berichte hat der russische Außenminister, Sergej Lawrow, als „Spekulationen“ und „paranoide Szenarien“ zurückgewiesen.

Angespannte Situation um die Ukraine

Westliche Staaten werfen Russland seit Wochen vor, Streitkräfte an der ukrainischen Grenze zusammengezogen zu haben, was sie als ein Anzeichen für eine bevorstehende Intervention deuten. Moskau weist die angeblichen Einmarschpläne zurück und betont, dass Russland seine Truppen innerhalb des eigenen Territoriums verlegen würde.

Der Hauptgrund für die Eskalation in der Region sind aus Moskaus Sicht die Aktionen der USA und der Nato, welche Militärausbilder, Waffen und Ausrüstung in die Ukraine schicken,

die Zahl der Militärübungen erhöhen und damit Kiew zu militärischen Abenteuern treiben würden. All diese Aktivitäten betrachtet Russland als rote Linien.



https://cdn1.snnews.de/img/07e5/0b/0c/4298184_0:0:1658:934_1920x0_80_0_0_a8647cf1ef5fac5ab9a99ecc6cda5a0c.jpg

de.rt.com: **Übungen im östlichen Mittelmeer: Russland verlegt Kampffjets mit Hyperschallraketen nach Syrien**

Russland hat Bomber des Typs Tu-22M3 und MiG-31K-Abfangjäger mit Hyperschallraketen nach Syrien verlegt. Die Kampfflugzeuge werden an groß angelegten Übungen im östlichen Mittelmeer teilnehmen. Diese sind ein Element der russischen Militäraktivitäten inmitten einer Pattsituation mit dem Westen im Ukraine-Konflikt. Der russische Verteidigungsminister traf am Dienstag in Syrien ein, um die Übungen zu beobachten.

Die russische Armee verlegte am Dienstag Bomber des Typs Tu-22M3 und Kampffjets MiG-31K auf den Luftwaffenstützpunkt Hmeimim an der syrischen Mittelmeerküste. Die Kampffjets werden an groß angelegten Übungen im östlichen Mittelmeer teilnehmen. Diese sind ein Kernelement der russischen Militäraktivitäten inmitten einer Pattsituation mit dem Westen in Bezug auf den Ukraine-Konflikt und die Sicherheitsarchitektur in Europa. Die Überschallbomber Tu-22M3 und die als Träger für die Hyperschallwaffe "Kinschal" dienenden Abfangjäger MiG-31K sollen in die Manöver einer "flottenübergreifenden Gruppe der russischen Seestreitkräfte im östlichen Mittelmeer" eingebunden werden. Bei der Übung würden die Piloten der Fernfliegerkräfte "Aufgaben gemäß dem Einsatzzweck" erfüllen, heißt es. Die genaue Zahl der nach Syrien verlegten Maschinen gab das russische Verteidigungsministerium allerdings nicht an.

Im Jahr 2018 wurden die MiG-31K-Flugzeuge aufgerüstet, um die Hyperschall-Luft-Boden Rakete Ch-47M2 Kinschal tragen zu können. Russland hatte 2021 dann zum ersten Mal Kampffjets mit Kinschal-Raketen mit einer Reichweite von rund 2.000 Kilometern nach Syrien verlegt. Zuvor war die zweite Landebahn auf der Hmeimim-Basis erweitert worden, um solche Flugzeuge bedienen zu können.

Der russische Verteidigungsminister, Sergei Schoigu, traf am Dienstag in Syrien ein, um die Übungen zu beobachten. Während seines Besuchs traf sich der Minister in Damaskus mit Präsident Baschar al-Assad und informierte ihn über die "Übungen der russischen Marine im östlichen Mittelmeer". Die beiden Politiker diskutierten die "militärtechnische Zusammenarbeit als Teil des gemeinsamen Kampfes" gegen den internationalen Terrorismus. Laut einer Erklärung des russischen Verteidigungsministeriums sei zudem die russische humanitäre Hilfe für das syrische Volk besprochen worden, das "unter den harten Sanktionen der USA und der westlichen Länder leidet."

Moskau kündigte bereits am 20. Januar an, seine Marine werde eine Reihe von Manövern veranstalten, die sämtliche Flotten vom Pazifik bis zum Atlantik umfassen. An diesen

Übungen seien 10.000 Soldaten, 140 Kriegsschiffe und Dutzende von Flugzeugen beteiligt. Russland ist ein langjähriger Verbündeter Syriens und seit dem Jahr 2015 um eine Beilegung des syrischen Konflikts bemüht. Moskau war damals von der syrischen Regierung unter der Führung von Präsident al-Assad aufgefordert worden, den Kampf der nationalen Streitkräfte gegen den Terror im Land zu unterstützen. Neben dem Luftwaffenstützpunkt Hmeimim unterhält die russische Armee die Marinebasis Tartus an der Mittelmeerküste. Für die russische Kriegsflotte stellt diese Basis den einzigen direkten Zugang zum Mittelmeer dar. Vor dem Hintergrund des Ukraine-Konflikts will der Kreml eine beispiellose Präsenz im Mittelmeer demonstrieren. Moskau beabsichtigt, inmitten der Spannungen um die Ukraine damit ein Signal an die NATO zu senden. Die Manöver sollen zeigen, dass Russlands militärische Fähigkeiten den Nahen Osten einschließen, falls eine mögliche Osterweiterung des von den USA geführten Militärbündnisses nicht gestoppt würde.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2022.02/article/620cc58e48fbef7ab56043f7.jpg>

deu.belta.by: **Ein vollwertiges Treffen der OSZE-Staatschefs ist längst überfällig**

Der belarussische Außenminister Wladimir Makej hat auf der heutigen Pressekonferenz in Minsk gesagt, dass es längst an der Zeit sei, ein vollwertiges Treffen der OSZE-Staatschefs zu organisieren.

„Selbst nach den hochrangigen Besuchen westlicher Politiker in Moskau, ihren Gesprächen mit Wladimir Putin, ihren Statements und Erklärungen auf den Pressekonferenzen werden immer wieder Spekulationen über einen möglichen russischen Angriff auf die Ukraine verbreitet. Und das obwohl aus Minsk und Moskau ständig versichert wird, dass aus Russland und Belarus keine Bedrohung für die Ukraine ausgeht“, sagte Makej.

Das mangelnde Vertrauen zwischen den Parteien führe dazu, dass sich die Situation nicht normalisieren könne. „Das Fehlen von Treffen, die zu einer Normalisierung der Situation beitragen würden, ist auch unser großes Manko“, sagte der Minister.

Er erinnerte insbesondere daran, dass der belarussische Präsident mit „Helsinki 2“ einen umfassenden internationalen Friedensdialog angestoßen hat. Zunächst stieß diese Initiative auf internationaler Ebene auf Skepsis, doch dann erwies sie sich als richtig und notwendig. „Wir sind der Meinung, dass die OSZE längst ein Treffen der Staatsoberhäupter organisieren sollte. Dies würde dazu führen, dass ein gewisses Maß an Vertrauen zwischen den Ländern wiederhergestellt wird, die heute in ‚unsere‘ und ‚nicht unsere‘ Länder unterteilt sind. Wir haben uns immer für den Dialog ausgesprochen. Wir glauben, dass man alle Probleme nur im Dialog lösen kann“, sagte Wladimir Makej.

Belarus lehnt die NATO-Erweiterung kategorisch ab

„Was unsere Haltung zur NATO-Erweiterung betrifft, so ist sie wohlbekannt. Wir vertreten sie seit Anfang der 1990er Jahre. Wir haben uns immer kategorisch gegen die NATO-Erweiterung

ausgesprochen. Wir glauben, dass die westlichen Partner ihre Versprechen an Michail Gorbatschow verletzt haben. Das Ergebnis ist eine Situation, in der kein gegenseitiges Vertrauen mehr herrscht, in der eine Aufteilung in ‚unsere‘ und ‚nicht unsere‘ Realität ist und in der sich Plattformen wie der Ständige Rat der OSZE und der UN-Sicherheitsrat in ein Schlachtfeld verwandelt haben“, so Wladimir Makej.

Der Minister betonte, dass es gefährlich sei, den Geist von San Francisco zu verlieren, als die Organisation der Vereinten Nationen gegründet wurde. „Trotz enormer politischer Differenzen und Widersprüche, die es damals gab, konnten die Staaten, die auf gegenüberliegenden Seiten der Barrikaden waren, dennoch die Gründung der UNO beschließen“, betonte der Leiter des Außenministeriums.

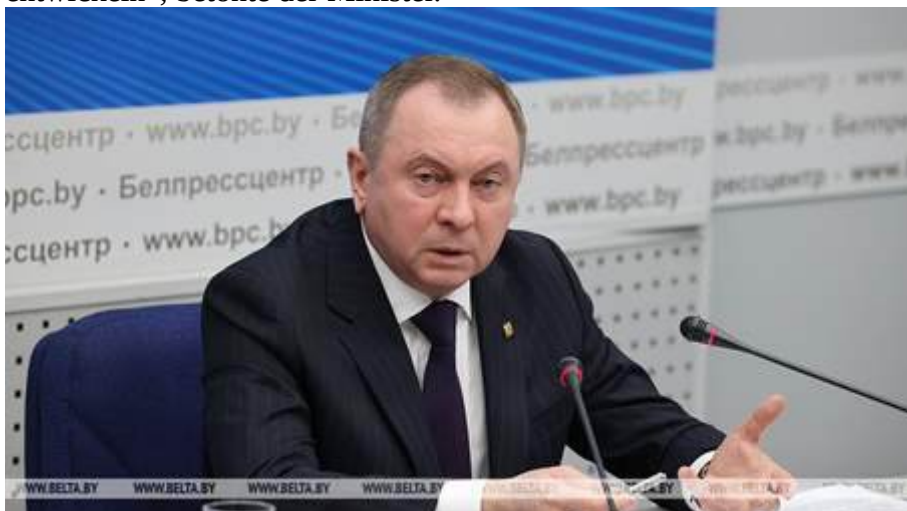
„Heute ist dieser Geist von San Francisco verloren gegangen. Aufgrund der infantilen Politik der westlichen Staats- und Regierungschefs können wir nicht die geringsten Berührungspunkte für einen Dialog finden. Heute ist das aber extrem wichtig und notwendig“, zeigte sich Wladimir Makej überzeugt.

Belarus tritt stets für einen Dialog und eine friedliche Lösung von Problemen ein

„Wir sind immer für einen Dialog und eine friedliche Lösung von Problemen eingetreten. Wir haben uns gegen jede Eskalation der Situation ausgesprochen“, betonte der Minister. Seiner Meinung nach bestehe das Hauptproblem darin, dass es leider nicht genügend Politiker gebe, die die Situation richtig einschätzen würden und in der Lage seien, die Verschärfung der Spannungen und die militärische Hysterie zu beenden. Je früher alle Akteure verstehen würden, dass jede Aufteilung in „Unsere“ und „Fremde“ nichts bringe, desto eher werde es möglich sein, Vorschläge im Interesse der Sicherheit der europäischen Region und der ganzen Welt zu entwickeln.

Wladimir Makej betonte, dass Belarus immer eine friedliche Politik verfolge und bei vielen Gelegenheiten erklärt hat, dass von seinem Territorium aus niemals eine Bedrohung für andere Nationen ausgehen werde. Gleichzeitig sei das Land bereit, jede Aggression abzuwehren, ganz gleich, woher sie kommt. Daher werde die Verstärkung der militärischen und technischen Zusammenarbeit mit Russland im Rahmen des Unionsstaates auch in Zukunft fortgesetzt, und die Zusammenarbeit werde sich auch innerhalb der OVKS weiterentwickeln.

„Angesichts einer irrationalen NATO-Politik müssen wir unser Pulver trocken halten. Belarus ist ein mittelgroßes Land und würde nicht in der Lage sein, im Alleingang den aggressiven Handlungen westlicher Partner zu widerstehen. Deshalb sehen wir die Notwendigkeit, eine enge militärisch-technische Zusammenarbeit im Rahmen des Unionsstaates und der OVKS zu entwickeln“, betonte der Minister.



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2022/000020_1645015255_59824_big.jpg

snanews.de: **Russlands Armee so stark wie nie seit Ende der UdSSR – Rüstungsbericht**

Nach Ansicht britischer Militärexperten haben die russischen Streitkräfte in den vergangenen zehn Jahren deutlich an Schlagkraft gewonnen, was auf das 2008 angelaufene Modernisierungsprogramm zurückzuführen ist.

Russland ist heute militärisch so stark, wie es in seiner postsowjetischen Zeit noch nie gewesen ist. Zu diesem Ergebnis kommen Analysten des Internationalen Instituts für strategische Studien IISS aus Großbritannien. „Die Modernisierung des Militärs, die 2008 begann, hat Russland zu einer weitaus fähigeren Militärmacht gemacht, als es seit der Auflösung der Sowjetunion jemals war“, schreibt James Hackett, Herausgeber des jährlich erscheinenden Rüstungsberichts „Military Balance“, auf der Website des IISS.

Nach der Auflösung der Sowjetunion war die russische Armee mit enormen Schwierigkeiten konfrontiert. Neubeschaffungen fanden praktisch nicht statt. 2008 legte die russische Regierung ein umfassendes Modernisierungsprogramm für die russischen Streitkräfte auf, auch um Defizite zu beseitigen, die bei der Abwehr der georgischen Aggression gegen Südossetien in dem Jahr deutlich geworden waren.

Die heutige Stärke des russischen Militärs sei insbesondere auf die Modernisierungsanstrengungen in den Jahren 2011-2020 zurückzuführen, so Hackett. Erhebliche Verbesserungen hätte es sowohl beim russischen Heer als auch bei den Luft- und Seestreitkräften gegeben.

Demnach haben die Bodentruppen vorrangig die Modernisierung bereits bestehender Plattformen und die Einführung präziserer Waffensysteme mit größerer Reichweite in den Fokus genommen. Die russische Marine habe ihre Strukturen und operativen Fähigkeiten gestärkt. Die russische Luftwaffe sei nunmehr nicht nur mit moderner Technik ausgestattet, sondern habe durch die Mission in Syrien an Einsatzerfahrung deutlich hinzugewonnen. Im vergangenen Jahrzehnt sei ein Großteil der Jagdflugzeuge in Russland ersetzt worden, momentan finde eine Modernisierung der luftgestützten Lenkwaffen der russischen Jagdflieger statt.



https://cdn1.snanews.de/img/07e6/02/10/5384527_0:0:3072:1728_1920x0_80_0_0_4f8787df03abc880a561df6ab41371.jpg

snanews.de: **Nach Bidens Ansprache an Russen: Putin wird sich US-Präsidenten nicht zum Vorbild nehmen**

Nach der Ansprache von US-Präsident Joe Biden an die russischen Bürger wird sich der russische Staatschef, Wladimir Putin, nach Angaben seines Sprechers Dmitri Peskow kein Beispiel an seinem US-amerikanischen Amtskollegen nehmen und sich nicht an die US-Amerikaner wenden.

Bei einer Pressekonferenz am Mittwoch wurde der Kreml-Sprecher unter anderem gefragt, ob der russische Präsident eine Gegenansprache plane, die sich an die US-Bevölkerung richten würde.

Peskow stellte zunächst scherzhaft eine präzisierende Frage, ob damit ein Appell gemeint sei, „Kanada nicht anzugreifen“. Anschließend schlug er jedoch einen ernsteren Ton an und versicherte: „Nein, das [Putins Ansprache – Anm. d. Red.] ist nicht geplant“.

„Denn erstens klärt der Präsident ständig die ganze Welt auf – es gab bereits mehrere Pressekonferenzen des Präsidenten in der letzten Woche, bei denen er Fragen beantwortet und dabei die Haltung der Russischen Föderation ganz erschöpfend dargelegt hat“, erklärte der Kreml-Sprecher.

Seiner Ansicht nach ist Putin den US-Bürgern keine Erklärung schuldig:

„Es wäre wohl unvernünftig, der ganzen Welt zu erklären, warum Russland nicht tut, was die Vereinigten Staaten von Amerika und die europäischen Hauptstädte faktisch von ihm beinahe verlangen“, argumentierte er. „Ich meine, (zu erklären – Anm. d. Red.), warum Russland die Ukraine nicht angreift“, stellte Peskow klar.

Biden hatte [sich am Dienstag an die russischen Bürger gewandt](#). „An die Bürger Russlands: Sie sind nicht unser Feind. Und ich glaube nicht, dass Sie einen blutigen, zerstörerischen Krieg gegen die Ukraine wollen, ein Land und ein Volk, zu dem Sie so enge familiäre, historische und kulturelle Beziehungen haben“, sagte er im Weißen Haus und warb erneut für eine diplomatische Lösung im Ukraine-Konflikt – betonte aber zugleich, dass eine russische Aggression trotz des angekündigten [Teilrückzugs der Truppen](#) weiterhin möglich bleibe.



https://cdn1.snnews.de/img/07e6/02/0f/5365272_0:4:3393:1913_1920x0_80_0_0_db8308fc8e929ffb8a52fa5fd753718.jpg

deu.belta.by: „**Sie haben Leck in der Hirnhaut**“: Makej über inadäquate Einschätzungen westlicher Politiker

Die Zusammenarbeit zwischen Belarus und dem kollektiven Westen ist im Niveau spürbar gesunken, das liege aber nicht an Belarus. Dies sagte Außenminister Wladimir Makej heute auf einer Pressekonferenz in Minsk.

„Wir haben immer gesagt, dass wir uns zu einer multilateralen Außenpolitik bekennen. Wir halten nach wie vor an diesem Grundsatz fest. Er wird in allen künftigen Dokumenten verankert, die unseren außenpolitischen Kurs bestimmen werden. Wir halten das für absolut gerechtfertigt. Wir streiten nicht ab, dass unsere multilateralen Bemühungen mannigfaltig sein können“, erklärte Leiter des Außenministeriums.

Belarus sei sehr daran interessiert, seine Beziehungen mit Russland zu entwickeln und zu vertiefen. Belarus sehe in Russland einen strategischen Partner, Bruderstaat und Verbündeten. Gleichzeitig sei Belarus bestrebt, die Zusammenarbeit mit anderen Ländern und Regionen auszubauen. „Wir haben unseren Partnern in Russland immer gesagt, dass sie keinen Grund

haben, unseren Wunsch nach normalen Beziehungen zum Westen misstrauisch zu betrachten. Leider müssen wir heute zugeben, dass das Niveau unserer Zusammenarbeit mit der EU, dem kollektiven Westen im Allgemeinen, deutlich gesunken ist. Aber es ist nicht unsere Schuld. Der Westen hat bereits 5 Sanktionspakete gegen uns beschlossen – das trägt nicht gerade zu einer normalen Entwicklung der Beziehungen zwischen Belarus und der EU bei.“

Der Außenminister hat die Meinung geäußert, dass die westlichen Partner nicht adäquat einschätzen können, was in Belarus und rund um Belarus los ist.

„Ich wundere mich immer, wenn ich in der westlichen Presse lese, was anonyme Vertreter des US-Außenministeriums oder Regierungsleiter Litauens, Lettlands und Polens sagen. Ich habe den Eindruck, dass die westlichen Politiker ein Leck in der Hirnhaut bekommen haben, deshalb nehmen sie die politischen Realitäten nicht ganz adäquat wahr. Ihre unangemessene Einschätzung der Lage ist eine Folge ihrer insgesamt fehlerhaften Politik gegenüber Belarus“, so Wladimir Makej.

Er sei sich sicher, dass ein seriöser Politiker niemals den Aufrufen einiger Leute aus Warschau und Vilnius folgen würde. „Ich verstehe ihre Beweggründe. Ich werde sie nicht näher erläutern. Aber so wird heute keine Politik mehr gemacht“, bemerkte der Minister.

„Das Problem liegt nicht in uns. Wir sind bereit zum Dialog mit allen Partnern, auch mit solchen, mit denen wir es schwer haben. Im Allgemeinen sind es für uns die Länder der Europäischen Union, wenn auch nicht alle. Aber es muss ein respektvoller, gleichberechtigter und ruhiger Dialog sein. Heute sehen wir keine Bereitschaft unserer Nachbarn und der EU-Länder im Allgemeinen, einen solchen offenen Dialog zu führen“, resümierte der Außenminister.



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2022/000020_1645025602_59828_big.jpg